Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 38. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 16.06.2025

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

10. Stellenmehrbedarf in der Abteilung Jugend - DS-Nrn.: 6399, 6399/1 -
- Antrag der UWG-Fraktion vom 10.06.2025 - DS-Nr.: 6399/2 -

Die UWG-Fraktion erläuterte ihren Antrag (s. DS-Nr. 6399/2). Fraglich sei, in welcher Höhe zusätzliche Raum-, EDV- und Lohnnebenkosten neben den von der Verwaltung aufgeführten Mehraufwendungen von rund 1 Mio. € anfielen. Laut Vorlage könnten langfristig Transferleistungen von bis zu 800.000 € durch die Einstellung des neuen Personals eingespart werden.

Die CDU-Fraktion erklärte ihre Zustimmung sowohl zum Beschlussvorschlag der Verwaltung als auch zum Antrag der UWG-Fraktion. Gleichzeitig äußerte sie ihre Skepsis zu den genannten Einsparpotentialen. Das Gutachten zur Stellenbemessung sei seinerzeit durch das Land vor dem Hintergrund eines Missbrauchsfalls in Lügde in Auftrag gegeben worden. Die zusätzlich benötigten Stellen sollten nun eingerichtet werden, um rechtlich auf der sicheren Seite zu sein. Gleichwohl sei zu bedenken, dass trotz der vorhandenen Möglichkeiten und des Stellenaufbaus leider nicht alle Fälle von Kindeswohlgefährdung verhindert werden könnten. Hier sei auch die gesellschaftliche Courage gefragt. Die finanziellen Mittel der kommunalen Ebene seien irgendwann erschöpft.

Die SPD-Fraktion kritisierte die aufgeworfenen Spekulationen. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung werde sie folgen; zu Ziffer 2 des Antrags der UWG-Fraktion werde sie sich allerdings enthalten.

Die FDP-Fraktion betonte, dass der Stellenmehrbedarf inhaltlich begründet sei und durch die Einrichtung der zusätzlichen Stellen die Qualität der Arbeit in der Abteilung Jugend gesteigert werde. Sie hoffe, dass dadurch Fällen von Missbrauch und Kindeswohlgefährdung früher entgegengesteuert werden könne. Zur Ziffer 1 des Antrags der UWG-Fraktion merkte sie an, dass sie dies auch ohne entsprechenden Beschluss von der Verwaltung erwarte. Die Ziffer 2 des Antrags entspreche ihrem Ansinnen, Stellenmehrungen durch -einsparungen an anderer Stelle zu kompensieren.

Auch die GRÜNE-Fraktion sprach sich angesichts des ermittelten Bedarfs für die Einrichtung der zusätzlichen Stellen aus. Hier solle man schnell tätig werden. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die zunehmende Zahl an Schulverweigerinnen und -verweigerern, der ebenfalls entgegengesteuert werden müsse. Auch die Stadt Gütersloh habe elf zusätzliche Stellen im Jugendamt geschaffen.

Sodann verabschiedete der Kreisausschuss folgende

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Als Auswirkungen aus der durchgeführten Personalbemessung werden im Stellenplan 2026 16,25 Stellen neu eingerichtet. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Stellen im Vorgriff auf den Stellenplan 2026 zu besetzen.

Die 16,25 neuen Stellen setzen sich wie folgt zusammen:
- 4,50 Stellen (SuE 14) Allgemeiner Sozialen Dienst (ASD)
- 1,50 Stellen (SuE 14) Eingliederungshilfe (EGH)
- 1,00 Stelle (SuE 14) Unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA)
- 3,00 Stellen (SuE 14) Pflegekinderdienst (PKD)
- -0,50 Stelle (SuE 12) Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS)
- 2,50 Stellen (EG 9c) Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WJH)
- 1,25 Stellen (EG 11) Leistungs- und Qualitätsentwicklung und Entgeltvereinbarungen (LQE)
- 3,00 Stellen (EG 12/SuE 18) Sachgebietsleitung

Um den empfohlenen und benötigten Stellenplankorridor im ASD zu erreichen, werden die außerhalb des Stellenplans eingerichteten Springerstellen von derzeit 1,50 auf 5,00 VZÄ erhöht.

Ergebnis: Einstimmig

Sodann ließ der Landrat getrennt über die Ziffern 1 und 2 des Antrags der UWG-Fraktion abstimmen.

Der Kreisausschuss verabschiedete folgende

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

1. Die Verwaltung wird gebeten, die in der Vorlage DS-Nr. 6399/1 aufgezeigten Einsparpotentiale nach erfolgter Personaleinstellung zu benennen und dem Ausschuss vorzulegen.
2. Neugeschaffene und dann auch tatsächlich besetzte Stellen in der Abteilung Jugend werden durch Streichung anderer gleichwertiger Stellen im Gesamtstellenplan des Kreises mittelfristig ausgeglichen. Der Stellenmehrbedarf von 16,25 Stellen darf nicht zur Ausweitung/Erhöhung des Gesamtstellenplanes führen.

Ergebnis: zu Ziffer 1: Einstimmig, 1 Stimmenthaltung
zu Ziffer 2: Einstimmig, 7 Stimmenthaltungen